

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Anzeigenbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Frangiraten monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen durchschnittlich 1.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1.20 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gabelstange Zeitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskampagnen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 143.

Dresden, Sonnabend den 24. Juni 1916

27. Jahrg.

Das Panzerwerk Thiaumont genommen - 2700 Franzosen gefangen - Weitere Fortschritte der Armee Vinsingen

(H. T. V.) Amtlich Großes Hauptquartier, 24. Juni 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Nachdem der Marsch unserer Truppen, an der Spitze des 10. bairische Infanterie-Regiment „König“ und des bairische Infanterie-Regiment „König“ und das bairische Infanterie-Regiment „König“, nach wirksamer Feuerbereitschaft auf dem Höhenrücken „Motte Grise“ und östlich davon zum Angriff vor, führten über das Panzerwerk Thiaumont, das genommen wurde, hinaus, eroberten den größten Teil des Panzerwerks und gewannen auch südlich der Feste Saug Grande. Bisher sind in die Sammelstellen 2673 Gefangene, darunter 60 Offiziere, eingeliefert.

Auf der übrigen Front stellenweise lebhaftes Artillerie-, Patrouillen- und Fliegeraktivität. Bei Hamont wurde ein französischer Kampfeindecker im Luftkampf zum Abbruch gebracht; Leutnant Wintgens schoss bei Namont sein siebentes feindliches Flugzeug, einen französischen Doppeldecker, ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Russische Teilverbände wurden südlich von Illuz und südlich Widsch abgetrieben.

Steuertompromiß in Preußen.

† Berlin, 24. Juni. Zur heutigen Beratung der Vorlage, betr. die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer in Abgeordnetenhaus lag ein Kompromißantrag vor, wonach die Zuschläge nicht über das Finanzjahr 1917 hinaus dauern. Wenn es dahin ein neues Gesetz über die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommen- und Erbschaftsteuer nicht zustande gekommen sei, solle sich die Gültigkeit des Gesetzes um ein weiteres Jahr verlängern. Der Finanzminister bezeichnete diese Anträge als geeignete Grundzüge für eine Verständigung.

Das Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage betr. die Zuschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer mit den Kompromißanträgen an. Der Präsident erhielt die Ermächtigung, eine neue Sitzung anzukunnen, falls eine nachmalige Beratung der Steuerzuschläge notwendig werden sollte. Ein sozialdemokratischer Antrag, an Dienstag die Währungsfrage nochmals zu erörtern, wurde abgelehnt.

Handelsabkommen.

† Wien, 24. Juni. Der jüngst zustande gekommene Vertrag

Ein deutsches Fliegergeschwader griff den Bahnhof Pologony (südwestlich von Molobezno) an, auf dem Truppen-einladungen beobachtet waren; ebenso wurden auf die Bahnanlagen von Luninac Bomben geworfen.

Bei der

Seeresgruppe des Generals v. Vinsingen wurde der Angriff bis in und über die allgemeine Linie Zubilno-Batun-Rwinacz vorgetragen. Heftige feindliche Gegenangriffe scheiterten. Die Zahl der russischen Gefangenen ist ständig im Wachsen.

Bei der

Armee des Generals Grafen v. Pothmer fanden nur kleinere Gefechte zwischen vorgeschobenen Abteilungen statt.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Oberste Seereschiffung.

über gegenseitige Erleichterungen des Handelsverkehrs zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien legt nur die allgemeinen Grundzüge fest. Die Ausarbeitung der praktischen Einzelheiten blieb dem in Bukarest arbeitenden gemischten Ausschuss überlassen. Wie die Neue Freie Presse erfährt, hat der Ausschuss seine Arbeiten abgeschlossen. Der Handelsverkehr dürfte sich bereits vom 1. Juli an auf den neuen Grundtagen abspielen.

Eine Ermächtigung für Wilson.

† Washington, 23. Juni. (Reuters.) Im Repräsentantenhaus beantragte heute der Vorsitzende der militärischen Kommission, daß die Entscheidung angewendet, durch die der Präsident ermächtigt wird, nach seinem Gutdünken Militärruppen in die Armeen der Vereinigten Staaten einzuführen. Es enthielt eine lebhafteste Auseinandersetzung über einen von ihm eingebrachten Zusatz, in dem erklärt wird, daß der Zusatz, für den eine solche Ermächtigung von Militärruppen für die Armee vorgegeben sei, bereits bestünde. Der Führer der Republikaner, Mann, unterstützte den Zusatz mit der Begründung, daß in Nord-Vergis bereits der Kriegszustand besteht. Der Zusatz wurde einstimmig angenommen.

solche Entziehung der Landesverteidiger!

Die berufenen Hüter der Demokratie pfeifen aber auf das Abkommen, das den im Felde stehenden Genossen das Wahlrecht sichern soll, und setzen überall, wo sie die Mehrheit bekommen können, die alten Funktionen an die Luft.

Das nennen sie dann Wahrung der Parteitagsschluß, des Parteistatus, Schutz der Demokratie in der Partei.

Das Parteileben ist verdoht, die Parteiverfassungen sind leer. Entscheidende Beschlüsse werden in Berlin I mit 21 gegen 18, in Berlin II mit 88 gegen 31 Stimmen gefaßt. In Berlin II ist Richard Fischer mit mehr als 30 000 Stimmen gewählt, 6000 Mitglieder hatte der Wahlverein vor Kriegbeginn. 2000 Lat er jetzt, von diesen 2000 kommen — Kammer und Schande! — 119 in die Parteiverammlung, 88 davon sind mit der Fraktion unzutrieben, und nur ist Genosse Richard Fischer gerichtet, und die Dreihundert wissen, wie sie zu markieren haben!

Und nun das Gegenbeispiel: 110 Genossen, die auf Grund ihrer Verdienste um die Partei mit dem höchsten Ehrenamt der Partei, dem Reichstagsmandat, betraut sind, lassen nach wiederholter eingehender Beratung auf Grund ihrer heiligen Überzeugung den Wahlrechtsbeschlüssen der Landesverteidigung durch Annahme der Kriegskredite zu bewilligen. Dieser Wahlrechtsbeschlüsse ist ungültig, ihn zu brechen ist Verbrechen, und für die, die ihn gefaßt haben, die „Berührer-Abgeordneten“, gilt gleichfalls das summarische Urteil: „Mit Schimpf und Schande aus der Partei!“

Das ist Demokratie! Das ist Demokratie! Und wer sind die Leute, die hinausgejagt werden sollen, deren Beschlüsse nicht gilt, denen gegenüber man an Parteistatus und Abkommen nicht gebunden ist! Sind das etwa sogenannte „Revisionisten“? Ah nein, sie sind zum großen Teil die Vertrauensmänner der „Radikalen“ von gestern! Scheidemann ist als radikaler in den Parteivorstand gewählt, Ebert war den Revisionisten als „Scharfmacher von Nürnberg“ verhaßt, Hansfisch hat 1912 als vertrauenswürdigster radikaler Heine in Berlin III ersehen müssen, mit Wolfenbühler, Müller und den andern ist es nicht anders. Und Cunow, Pensch, Janitsch, Cohen, Grünwald, Heinrich Schulz usw., Eugen Ernst, Theodor Fischer, Voelke, die Berliner Abgeordneten, genossen sie nicht alle noch vor zwei Jahren das unbeschränkte Vertrauen des „radikalen“ Berlin?

Und nun? Mit Schimpf und Schande aus der Partei! Ist das Demokratie? Nein, das ist Lohkaus! Das ist das Gegenteil von Demokratie, ist Anarchie! Das ist der Zustand gewisser südamerikanischer Republiken, in denen ein „General“ im Namen des Volkes die Diktatur proklamiert, worauf nach ein paar Wochen ein anderer „General“ kommt, um ihn im Namen des Volkes davonzujaagen. Wenn der Parteivorstand, der Parteiaussschuß, die Landeskommission für Preußen, die sozialdemokratische Presse diesem Schindluderspiel mit der Demokratie geschlossen Widerstand entgegenlegen, so tun sie weiter nichts als ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit.

Leider aber langt dabei einer aus der Reihe, einer, auf den es am meisten ankommt: der Fortwärt. Seine Redaktion steht unter dem Terrorismus der Parteiführer, die in Berlin augenblicklich dominieren und die eben daran sind, ihr im „Vorboten“ entwickeltes Programm zu verwirklichen und zunächst einmal das Zentralorgan der Partei „fest in die Hand zu nehmen“. Sie selbst haben den Nachschub proklamiert und führen ihn mit allen Mitteln, natürlich im Namen der Parteitagsschluß, des Parteistatus und der Demokratie. Im Namen der Parteitagsschluß, des Parteistatus und der Demokratie wird das Zentralorgan der Partei zum Zentralorgan der Parteiführung umgewandelt. Das ist nur Geschicklichkeit, keine Herrerei!

Was ist die Aufgabe? Die Anarchie zu bannen, die Ordnung der demokratischen Organisation aufrecht zu erhalten, wo sie zerstört ist, sie wieder herzustellen!

Ein Aufruf zur Veröhnlichkeit.

Parteilosen! Parteilosen! Die weltgeschichtliche Zeit, die wir erleben, hat uns auf das tiefste erschüttert: Die ganze Menschheit, die Weltwirtschaft, alle Teile unseres Volkes, unsere Volkswirtschaft, ja jeden einzelnen von uns. Auch die Beziehungen der Völker, nicht zuletzt die Internationalen der Sozialdemokratie und unsere eigene Partei wurden durch den Krieg in schwere Mitleidenschaft gezogen.

Die nahe und ferne Zukunft werden uns lehren, was aus den Ruinen erwachsen wird. Vieles, was uns früher unmöglich schien, wird sich als möglich erweisen, vieles was uns leicht möglich schien, kann als undurchführbar erkannt werden. Das gilt auch für die Sozialdemokratie. Sie wird nicht unberührt bleiben von den Wirrungen des Weltkriegs, ob wir es wünschen oder uns dagegen bewahren. Unsere Partei ist aufs tiefste erschüttert; sie hat viel von ihrer inneren Festigkeit eingebüßt, sie war nicht genügend vorbereitet auf den Weltkrieg und hat auf das härteste unter ihnen gelitten. Streit und Hader zerrittet die Sozialdemokratie; jeder ihrer Mitglieder soll sich dabei frei von Fehlern fühlen. Jeder glaubt wohl das Beste für die Partei zu tun, doch nur zu oft werden gegen Andersdenkende und Andersdenkende in der Partei ein Hebermaß von Kraft verschwendet. An Unvollkommen sind wir von übergegangen und an Meinungen haben wir gebastelt.

Aufs tiefste muß uns alle betreffen der Zustand der Partei. Wir empfinden als den schwersten Verlust der Arbeiterklasse, daß der Krieg die Partei in ihren Grundfesten erschüttert und ihren Zusammenhang gelockert hat, daß er das Vertrauen der einzelnen Genossen und Genossinnen zu den andern Genossen und zu ihrer Gesamtheit gemindert, daß er die Macht der Organisation geschwächt hat.

Je mehr wir an der Partei hängen, je mehr unser Leben und Streben, unser Wollen und Zielen mit der Sozialdemokratie ungetrennbar verbunden ist, desto mehr erfüllt uns das Streben, die alte Geschlossenheit der Partei, die Kameradschaftlichkeit im geistlichen Besitze und das Vertrauen zur Partei und zu uns selbst wieder herzustellen. Wir erwarten die Unterstützung aller Parteilosen; wir rechnen mit der Einigkeit derer, die nun aufzubauen streben und das Werk der Parteigerüstung beenden wollen. Es ist jetzt nicht die Zeit und es gibt dringlichere Aufgaben, als die Verantwortlichkeiten festzustellen. Keine höhere Pflicht und keine größere Aufgabe kennen wir, als die ganze Kraft der Arbeiterbewegung von neuem zu sammeln und sie zusammenwirken zu lassen im Interesse der Sozialdemokratie. Emsigste Arbeit aller erfordert die Aufgaben, die sich in überreicher Fülle infolge der Erschütterung unserer Wirtschaftslagens durch den Krieg für die Arbeiterklasse ergeben haben.

Niemals war es wichtiger, die Arbeiterorganisation, zu deren Aufbau ein halbes Jahrhundert nötig war, fortzuführen und die zusammengefaßte Macht von mehr als vier Millionen Wählern vor einem Auseinanderbrechen zu bewahren, Stärke und Ansehen der Partei zu erhalten und der Selteneren in unseren Reihen keinen Raum zu gewähren. Dabei wird es gehen, festhalten an den überkommenen wissenschaftlichen Meinungen und politischen Zielen die sich im Willen unserer Partei so glänzend bewährt, aber auch anzunehmen, was dieser Krieg die Arbeiterbewegung lehrte und lehren wird.

Die Fülle der Aufgaben ist gewaltig, die uns Gegenwart und nahe Zukunft stellen. Alle Kraft, aller Geist, aller Wille im Proletariat muß diesen Aufgaben gewidmet sein. Deshalb rufen wir auf zu einheitlicher Arbeit, zu geschlossenem Auftreten und festem Zusammenwirken überall dort, wo die Interessen des Proletariats es erfordern. Wir wollen nicht in den Vordergrund drängen, was es erfordern, wollen den guten Willen der Andersdenkenden nicht anzweifeln, wollen nicht an Auseinandersetzungen über das Vergangene die Gelegenheit verpassen, wo es gilt, mit einiger Kraft einzugreifen und Gutes zu wirken.

Wir rufen deshalb auf zur Einheit, zur Geschlossenheit, zum treuen und festen Zusammenwirken. Wir wollen vergessen oder in den Hintergrund drängen, was uns getrennt hat, nicht streiten um das, was uns entzweit hat, wir wollen nicht Rechenschaft fordern und den guten Willen der Andersdenkenden nicht in Zweifel ziehen. In Erkenntnis des Ernstes der harten Parteifissionen fordern wir alle Parteilosen auf, einzig und geschlossen zusammenzutreten. Jeder einzelne und alle zusammen sollen diese Voraussetzungen proletarischer Wirksamkeit herbeiführen. Nur so können wir mit neuen Hoffnungen und gestärkter Zuversicht für den Aufstieg des Proletariats in die Zukunft blicken.

Auf ruhigeren Zeiten sei der Streit verlagert über so mandes, was als Gegenstand in den Anschauungen nicht gleich befähigt werden kann. Man trage Rechnung den ungewöhnlichen Verhältnissen dieser Zeit, wo eine Einigung nicht sofort zu erzielen ist. Man treibe uns so fester zusammen, wie ein gemeinsames Auftreten möglich und mit den grundsätzlichen Anschauungen aller vereinbar ist.

Man lasse nicht in verbittertem Hader über das Trennende in völligen Auseinandersetzungen die vielen so wichtigen Möglichkeiten auch weiterer gemeinsamer, wertvoller Arbeit an dem Auge. Die volle Kraft der Partei, die ganze Macht ihrer Polemik

Demokratie oder Anarchie?

Die Entscheidungsfrage der Partei.

Wir haben bereits gefehlt die sich immer öfter geltend machen Berliner Parteipolitiker besprochen. Bei der großen Bedeutung der Vorgänge für die ganze Zukunft der Partei gehen wir noch die folgenden Ausführungen, die uns aus Berlin zugehen, wieder:

Eine Gruppe, die in Berlin ihren Hauptsitz hat, aber auch an anderen Parteipunkten sucht, hat sich die Erregung der Parteioffiziation zum Ziel gesetzt. Aber sie tut das im Namen der Parteitagsschluß und der Demokratie!

Es gibt keinen klareren, bestimmteren Parteitagsschluß als den, daß der vom Parteitag gewählte Parteivorstand die Beschlüsse der Partei zu führen hat, bis ein neuer Parteitag ihn entweder absetzt oder wiedewählt.

Die allein berufenen Hüter und kompetenten Ausleger der Parteitagsschluß erklären jedoch in ihren Flugblättern, daß der Parteivorstand mit Schimpf und Schande dabongejagt, aus der Partei hinausgeworfen und mit der Hundeweisheit traktiert werden müsse. Daß sie diese Exekution erst auf Grund eines entsprechenden Parteitagsschlusses vollziehen wollen, ist aus ihren Erklärungen nicht ersichtlich.

Das vom Parteitag beschlossene Organisationsstatut schreibt vor, daß die Organisationen einen Teil ihrer Einkünfte der Parteigesamtheit, vertreten durch den Parteivorstand, zur Verfügung zu stellen haben.

Die berufenen Hüter des Parteistatus propagieren aber die Beitragsperre. Wenn man ihnen sagt, daß die Nichterfüllung der Pflichten an der Gesamtheit auch den Verlust der entsprechenden Rechte nach sich zieht, so erklären sie dies für eine dreiste Verletzung des Statuts und eine brutale Vergrößerung.

Die alten Funktionäre der Partei schütteln zu diesem Treiben den Kopf. Sie mögen in der Kreditfrage so oder so leben, sie hängen mit ihrem Herzen, mit ihrer ganzen Lebensarbeit an der Organisation und wollen sie nicht ohne weiteres vor die Hunde gehen lassen. Also müssen auch sie „mit Schimpf und Schande dabongejagt“ werden.

Das ist allerdings noch dem dürren Wortlaut des Statuts erlaubt, wenn man in der Parteiverammlung eine entsprechend schlecht unterrichtete Mehrheit aufbringt. Aber die Unterbreifungen haben zahllose Parteimitglieder der Möglichkeit beraubt, ihr Stimmrecht auszuüben, und darum hat man sich bei Kriegsbeginn in der Partei dahin verständigt, daß während des Krieges nur die notwendigen Erlasse wählen von Funktionären vorgenommen werden sollen. Das ist nun demokratisch: der Wortlaut des Statuts oder seine Ausdeutung durch das getroffene Abkommen?

Keine Regierung würde es wagen, während des Krieges allgemeine Wahlen aufzuschreiben. Im ganzen Volk bis in die Front hinein würde sich ein Sturm erheben gegen eine

ir ::
robo
22

rband

lege

abt. Com
ite in Burg

altung.